



Detailansicht des Registereintrags

Verband öffentlicher Versicherer e.V.

Stand vom 04.03.2026 09:57:39 bis 16.04.2026 14:24:41

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001990
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	04.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	08.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstr. 55 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493022605490 E-Mail-Adressen: info@voevers.de Webseiten: www.voev.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

510.001 bis 520.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,54

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Andreas Jahn**
Funktion: Präsident
2. **Dr. Ulrich Knemeyer**
Funktion: Vizepräsident
3. **Dr. Frank Walthes**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
4. **Dr. Wolfgang Breuer**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
5. **Marc Knackstedt**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
6. **Stefanie Schlick**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
7. **Wolfgang Wiest**
Funktion: Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Dr. Christian Schwirten**
2. **Markus Wehrmann**
3. **Wolfgang Wiest**
4. **Wolfgang Wiest**

Gesamtzahl der Mitglieder:

42 Mitglieder am 17.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Wirtschaftsrat Deutschland der CDU e.V.
2. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
3. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
4. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.
5. WPCD Wirtschaftspolitischer Club Deutschlands
6. FFE Europäisches Finanzforum

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband öffentlicher Versicherer ist die gemeinsame Dachorganisation aller öffentlichen Versicherungsunternehmen Deutschlands. Er repräsentiert alle öffentlichen Erstversicherungsgruppen, die gemeinsam die zweitstärkste Kraft in der deutschen Versicherungsbranche sind. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin, Düsseldorf und Brüssel. Er ist die zentrale Kommunikationsplattform für die Interessen, das Wissen und die Erfahrungen seiner Mitglieder. Ein wesentliches Ziel ist, Synergien für die Einsparung von Ressourcen zu nutzen und die Prozesse und Ergebnisse aktiv zu verbessern. Der Verband versteht sich dabei vor allem als Dienstleister und Interessenvertreter seiner Mitglieder.

Als Berufsverband unterstützt der Verband öffentlicher Versicherer die einzelnen Unternehmen mit Dienstleistungen wie Marktbeobachtung und statistische Grundlagenarbeit. Eine zentrale Aufgabe des Verbands ist, eine Plattform für die überregionale Zusammenarbeit zu bieten und den strukturierten Gedanken- und Erfahrungsaustausch innerhalb der Gruppe zu fördern.

Als Interessenvertreter bringt der Verband den Sachverstand und die Positionen der öffentlichen Versicherer auf politischer Ebene ein, sowohl in Berlin, als auch in Brüssel. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden auf Basis von mit den Verbandsgremien abgestimmten Stellungnahmen Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu den für unsere Mitglieder relevanten Themenfeldern geführt. Daneben führt der Verband verschiedene politische Veranstaltungen (etwa parlamentarischer Abend) durch.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Erhöhung der Verbreitung der Elementarschadenversicherung

Beschreibung:

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Elementarrisiken befasst sich im Auftrag des Bundes und der Länder mit versicherungsrechtlichen Fragestellungen zur Erhöhung der Verbreitung der Elementarschadenversicherung einschließlich einer etwaigen Versicherungspflicht. Der VöV spricht sich gegen eine Versicherungspflicht aus und fordert vielmehr einen Dreiklang aus alternativen Maßnahmen zur Steigerung der Versicherungsdichte, Intensivierung der kollektiven Präventionsmaßnahmen und Schaffung eines staatlichen Stop-Loss-Mechanismus für Kumulgroßschadenfälle.

Betroffenes geltendes Recht:

VVG 2008 [alle RV hierzu]; VAG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Versicherungswesen [\[alle RV hierzu\]](#)

2. EU-Kleinanlegerstrategie (RIS - Retail Investment Strategy)**Beschreibung:**

2022 hat die EU-Kommission ein Regulierungsvorschlag zur Stärkung des Anlegerschutzes und zur Förderung der Investitionen im Altersvorsorgebereich vorgelegt. Der VöV setzt sich für eine Balance zwischen Verbraucherschutz und Regulierung des bewährten provisionsbasierten Vertriebs, insbesondere der gebundenen Vermittler, ein.

Betroffenes geltendes Recht:

VAG 2016 [\[alle RV hierzu\]](#); GewO [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Versicherungswesen [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Weiterentwicklung der 'geförderten Altersvorsorge**Beschreibung:**

Das Bundesfinanzministerium hat angekündigt 2023 auf Basis der Empfehlungen der Fokusgruppe pAV einen Gesetzentwurf zur Reform der Riesterrente vorzulegen. Der VöV begrüßt eine solche Reform und setzt sich insbesondere für eine Absenkung der verpflichtenden Beitragsgarantien, ein Festhalten an lebenslangen Renten als Fördervoraussetzung sowie Wettbewerbsgleichheit zwischen Versicherungswirtschaft und anderen Produktanbietern ein.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [\[alle RV hierzu\]](#); AltZertG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Rente/Alterssicherung [\[alle RV hierzu\]](#); Versicherungswesen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):**1. SG2502270005 (PDF - 35 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 18.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2601260002 (PDF - 11 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 10.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

4. Prüfung von IFRS-Einzelabschlüssen

Beschreibung:

Das DRSC hat 2023 eine Evaluation der IFRS-Anwendung in Deutschland gestartet und prüft in diesem Zusammenhang insbesondere die Zulassung von IFRS-Einzelabschlüssen mit HGB-befreiender Wirkung. Der VöV setzt sich für eine adäquate Berücksichtigung der Belange rein national tätiger und nach HGB bilanzierender Versicherungen ein.

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

5. Änderung der Gefahrstoffverordnung

Beschreibung:

Das mit der geplanten Änderung der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) verfolgte Ziel eines verbesserten Schutzes gegen Asbest bei Arbeiten an Gebäuden und technischen Anlagen wird von den öffentlichen Versicherern unterstützt. Allerdings sehen wir bei der praxisgerechten und zielführenden Umsetzung der geplanten Verordnungsänderung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, noch Verbesserungsbedarf. Wir fordern eine mindestens dreijährige Übergangsfrist für alle neuen asbestbezogenen Vorschriften analog zu der bereits vorgesehenen Übergangsfrist für die Sach- und Fachkunde. Diese Zeit muss von den entsprechenden Institutionen insbesondere von Seiten der gesetzlichen Unfallversicherung genutzt werden, um die (Neu)Anerkennung von emissionsarmen Verfahren durchzuführen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 403/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und anderer Arbeitsschutzverordnungen

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412130023 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

11.900.001 bis 11.910.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Provinzial Versicherung AG
2. Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG
3. SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Geschaeftsbericht-VoeV-e-V-2024.pdf](#)